

Schwierigkeiten in der Brot- und Mehlversorgung.

Die Frucht- und Mehleingänge sind so unzureichend, daß die Wiener Bevölkerung absolut nicht imstande ist, sich bei Händlern und Produzenten die ihrer Ration entsprechende Menge an Brot und Mehl zu beschaffen, die Mehlamweisungen an die von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt direkt versorgten Brotfabriken und Konsumvereine sind seit Anfang Jänner durchaus ungenügend, haben aber in der letzten Woche eine geradezu unerträgliche Einschränkung erfahren. Die Brotfabriken haben deshalb die Broterzeugung um ein volles Viertel einschränken müssen und die Arbeiterkonsumvereine haben in der vorigen Woche überhaupt kein B e r s h l e i ß m e h l ausgefolgt erhalten. Die Händler und Bäcker, die das Mehl vom Magistrat zugewiesen erhalten, haben diese Mängel geschäftlich verwerten wollen und beim Magistrat eine Erhöhung ihrer Mehlquote angesprochen. Der Magistrat konnte aber, so gern er es gewollt hätte, diesem Begehren nicht Rechnung tragen, weil er gleichfalls nicht über ausreichende Mehlvorräte verfügt.

Die Wiener Bevölkerung kann also die ihr zustehende Ration an Brot und Mehl nicht erlangen, weil Wien in ungenügender Weise mit Mehl bedacht wird. Die Genossen Dr. Renner und Ebersch waren deshalb gestern beim Präsidenten der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt Sektionschef Schonta, um ihm die Unerträglichkeiten, die dieser Zustand namentlich für die minderbemittelte Bevölkerung im Gefolge hat, zu schildern, die in Ermangelung anderer Nahrungsmittel oder infolge der Teuerung ja hauptsächlich auf Brot- und Mehlration angewiesen ist. Wenn 350.000 Menschen, das ist annähernd der Personenkreis, für den die Arbeiterkonsumvereine zu sorgen haben, wochenlang nur unzureichend, dann eine Woche überhaupt kein Mehl bekommt, so ist das eine sehr ernste Situation, die üble Folgen auslösen kann. Die Genossen verlangten von der Zentrale der Anstalt eine reichlichere Dotierung der niederösterreichischen Landesstelle.

Einen positiven Erfolg hat diese Vorsprache noch nicht gezeitigt, es wurde lediglich zugesagt, daß über die Beschwerde verhandelt werden wird. Wir bemerken, daß in dieser Situation

das beliebte Verfahren, Mehlamweisungen zu versprechen, deren Durchführung aber zu verzögern, die Sache nur schlimmer macht. Tatsächlich werden heute Tausende Brotmarken nicht eingelöst werden können, sie verfallen und das verursacht ein Ernährungsdefizit. Mit der Anschauung, daß die Brotkarte nur eine Legitimation für den Anlauf von Mehl und Brot, nicht aber das Recht auf die tatsächliche Ausfolgung der vom Staate festgesetzten Ration bedeutet, muß gebrochen werden. Für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung ist die Ration ohnedies unzureichend, wenn aber die zugemessene Ration überdies nicht erhältlich wäre, so würde das ein Verstoß gegen die staatliche Regelung der Mehlversorgung bedeuten.

Bei dieser Gelegenheit ist die Frage aufzuwerfen, in welchem Ausmaß wir von Ungarn mit Frucht und Mehl alimentiert werden. Wien hat in Friedenszeiten nahezu ausschließlich Weizenmehl ungarischer Provenienz konsumiert und es scheint, daß die ungarischen Zufuhren seit Beginn des Jahres vollständig eingestellt wurden. Ueber die Resultate der Ministerberatungen in Budapest verlautet auch nichts, die Ungarn wollen also nichts mehr liefern.

Im Vorjahr hatte die Bevölkerung bei dem herrschenden Mangel an Eibelmehl wenigstens die Möglichkeit, Gersten-, Kartoffel- und Maismehl zum Ersatz heranzuziehen. Heute besteht diese Möglichkeit nicht. Die Gerste wurde verfüttert oder in der Industrie verwendet, Kartoffelmehl ist nicht erhältlich oder nur zu Phantasiepreisen und Maismehl ist noch nicht ausgegeben worden. So geht es nicht weiter. Vorübergehende Störungen im Verkehr sind bei den Verhältnissen, die der Krieg geschaffen hat, immer zu erwarten, aber das ist keine stichhaltige Entschuldigung. Die Versorgung muß so organisiert werden, daß solche Störungen nicht immer eine wochenlange Unterbindung der Nahrungsverteilung hervorrufen.

Die Regierung muß sich ernstlich bemühen, in diesem Belang Wandel zu schaffen, um der Bevölkerung im Hinterland unnötige Erschwernisse in ihrer Lebenshaltung zu ersparen.